



# „Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis“

Vorgelegt von:

Julia K. Busch

aus der Marburger Arbeitsgruppe für Methoden&Evaluation

und Dina Weiler

**magma** ||||| Marburger Arbeitsgruppe  
für Methoden & Evaluation

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms  
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



## Inhaltsverzeichnis/Inhalt

---

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Methodisches Vorgehen/Beschreibung des methodischen Vorgehens</b> .....	<b>4</b>
2.1	Studiendesign.....	4
2.2	Der Fragebogen .....	5
<b>3</b>	<b>Ergebnisse</b> .....	<b>5</b>
3.1	Personenbezogene Merkmale.....	5
3.2	Wahrnehmung von Vorfällen und Ereignissen .....	6
3.2.1	Genauere Beschreibung des Ortes der Ereignisse und Vorfälle.....	7
3.3	Formen des bisherigen Umgangs mit Vorfällen und Ereignissen .....	9
3.4	Bedarf zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen.....	10
3.5	Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen .....	11
3.6	Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen in bestehenden Strukturen .....	12
3.7	Beratende Institution.....	13
3.8	Projekt „Gewalt geht nicht!“ .....	14
<b>4</b>	<b>Fazit</b> .....	<b>15</b>
<b>6</b>	<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>17</b>

## 1 Einleitung

Seit dem heimtückischen und niederträchtigen Überfall auf ein Jugendcamp am Neuenhainer See, der im Juli 2008 von Rechtsextremen verübt wurde, ist der Schwalm-Eder-Kreis gefordert, sich dem demokratiegefährdenden Gedankengut und dem Wirken von Rechtsextremen in unserem Landkreis entschieden entgegen zu stellen. In einer kurz nach dem Überfall einberufenen Sitzung des Kreis Ausschusses wurde parteiübergreifend die Entscheidung getroffen, dies in Form eines zeitlich befristeten Projektes zu tun. Ziel des Projektes sollte sein, Strategien zu entwickeln um dem aufkommenden Rechtsextremismus in unserem Landkreis entgegen zu wirken. Wie wichtig und richtig diese Entscheidung war, zeigt sich bis heute. Die inzwischen etablierten Unterstützungs-, Beratungs- und Förderangebote unseres Projektes *"Gewalt geht nicht! – Wir im Schwalm-Eder-Kreis Gemeinsam.Tolerant.Aktiv"* werden rege in Anspruch genommen. Multiplikatoren werden sensibilisiert und geschult, Eltern und auch Vertreter von Vereinen und Verbänden lassen sich fallbezogen beraten. Schulen, Kommunen, Vereinen, Verbänden und Initiativen werden Fördergelder für die Umsetzung eigener Projektangebote zur Verfügung gestellt. Ein ebenso notwendiges, wie umfangreiches und anspruchsvolles Netzwerk ist in unserem Landkreis entstanden. Dies wird auch in der nordhessischen und hessischen Region als gelungenes Beispiel wahrgenommen.

Nun liegt es aber in der Natur der Sache, dass zeitlich befristete Projekte sich und ihre Arbeit immer wieder auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Wirkt das Projekt so, wie erhofft? Werden bedarfsgerechte Angebote aufgelegt und auch genutzt? Hat sich der Arbeitsauftrag verändert oder kann dieser inzwischen als erledigt angesehen werden? Wie ist der Bedarf des Handelns in diesem Themenfeld einzustufen? Diesen Fragen stellt sich das Projekt in regelmäßigen Abständen, in dem es in kommunalpolitischen Gremien über seine Arbeit berichtet und durch eine Lenkungsgruppe strategisch gesteuert wird. Mit der vorliegenden Studie sollten im Rahmen einer Bedarfs- und Ressourcenanalyse unter anderem diese Fragen nun auch an die Adressaten der Projektangebote getragen werden. Bürgermeister und weitere kommunalpolitische Verantwortungsträger, Lehrerinnen und Lehrer, Vereinsvorsitzende im Bereich Sport und Ehrenamtliche im Bereich Feuerwehr, sowie Hauptamtliche im Bereich der kirchlichen und kommunalen Jugendarbeit sollten ebenfalls Fragen nach der Notwendigkeit dieser spezifischen Angebote beantworten.

All die aufgeführten Multiplikatoren arbeiten mit jungen Menschen und sind in dieser Arbeit immer wieder auch mit rechtsaffinen Jugendlichen konfrontiert. Für unser Projekt "Gewalt geht nicht!" ist der richtige Umgang mit diesen Jugendlichen eine wichtige Schlüsselstelle für ein erfolgreiches Wirken. Als Folge dieser Einschätzung hat die Lenkungsgruppe entschieden, die „Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis“ als Schwerpunkt der Befragung zu setzen. Gibt es diese rechts-

affinen Jugendlichen in unserem Landkreis? Verhalten sich diese in Bezug auf die Verwendung rechtsextremer Symbole und Codes auffällig? Gibt es Bedarf mit diesen Jugendlichen zu arbeiten und wer kann und soll das machen?

Durch die Ihnen hier vorliegende Studie erhalten wir Antworten auf diese Fragen. Nach sorgfältiger Auswertung und politischer Beratung wird die Lenkungsgruppe die Ergebnisse in strategische Überlegungen und Entscheidungen für die Fortentwicklung des Projektes "Gewalt geht nicht!" fließen lassen. Klar scheint aber schon jetzt, dass uns das Thema der Demokratiegefährdung als Querschnittsaufgabe noch länger erhalten bleiben wird.

Gemeinsam möchten wir als verantwortlich handelnder Landrat und Projektleiter all jenen danken, die sich an dieser Studie beteiligt haben und somit für eine bemerkenswerte Rücklaufquote von 37% gesorgt haben. Danken wollen wir aber auch all jenen, die sich - egal an welcher Stelle und in welcher Funktion - für ein friedliches und tolerantes Miteinander in unserem Landkreis einsetzen. Nur gemeinsam und im Rahmen eines übergreifenden Netzwerkes wird es uns gelingen, unser Ziel zu erreichen.

In diesem Sinne, **"Gewalt geht nicht! – Wir im Schwalm-Eder-Kreis Gemeinsam.Tolerant.Aktiv"**.



Frank-Martin Neupärtl  
Landrat



Stephan Bürger  
Projektleiter

## 2 Methodisches Vorgehen/Beschreibung des methodischen Vorgehens

### 2.1 Studiendesign

Die Studie wurde konzipiert, um die Erfahrungen und den Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis zu erfassen. Hierzu wurde unter ausgewählten „Experten“ eine Datenerhebung mithilfe eines Online-Fragebogens durchgeführt. „Experten“ werden als Personen definiert, die aufgrund ihrer Funktion- und Tätigkeitsbereiche einen guten Einblick in die Lebenswelt der Jugendlichen haben (vgl. S.11 (Bürger 2011))<sup>1</sup>. Konkret bildeten 645 Personen aus den Bereichen Bürgermeister, Ortsvorsteher/in, Lehrer/in, ehrenamtlich Engagierte/r in Verband oder Verein, Jugendarbeiter/in in kommunaler und/oder kirchlicher Trägerschaft, Mitarbeiter in der Jugend- und Jugendberufshilfe und Kooperationspartner/innen des Projektes "Gewalt geht nicht!" die Stichprobe. Die Beschränkung der Datenerhebung auf diese Personen erlaubt einen sehr umfassenden Blick auf die Jugendlichen im Schwalm Eder Kreis. Durch die Einbeziehung nicht nur von Lehrern, sondern auch von Vereins- und Verbandsmitarbeitern sowie Mitarbeitern von Jugendtreffs (kommunalen und kirchlichen) kann ein umfassendes Bild über das Auftreten von rechtsaffinem und rechtsextremem Gedankengut sowohl in der Schule als auch im Freizeitbereich von Jugendlichen erfasst werden. Die Einbeziehung von Kooperationspartnern des Projekts „Gewalt geht nicht“ schließt eine Personengruppe in die Stichprobe mit ein, die vermutlich eine erhöhte Sensibilisierung für das Thema aufweist. Bürgermeister und Ortsvorsteher dienen sowohl als Experten für Vorfälle im öffentlichen Raum als auch als Informationsquelle über kommunales Engagement und den Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen in den einzelnen Gemeinden.

Der Zeitraum der Online-Befragung umfasste zweieinhalb Wochen im Dezember 2012. Die ausgewählten Personen wurden durch ein Anschreiben in Form einer E-Mail über die Befragung informiert. Die E-Mail enthielt zudem den persönlichen Zugangsschlüssel zur Umfrage und eine „Drop-out“ Funktion für diejenigen, die nicht mehr angeschrieben werden wollten.

---

<sup>1</sup> Die Jugendlichen sollen in einer gesonderten Studie befragt werden.

## 2.2 Der Fragebogen

Der Online-Fragebogen umfasste 14 Fragen und gliederte sich in vier Abschnitte:

1. Bestandsaufnahme der Expertenwahrnehmung von rechtsaffinen bzw. rechtsextremen Tendenzen bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen
2. Bisheriger Umgang der Experten mit ggf. wahrgenommenen rechtsaffinen bzw. rechtsextremen Tendenzen der Jugendlichen
3. Förderbedarf und Unterstützungswünsche der Experten an weitere Akteure, z.B. Projekt „Gewalt geht nicht!“
4. Allgemeiner Teil zur Erhebung sozio-biographischer-Daten

Die Fragen wurden größtenteils geschlossen gestellt, das heißt es wurden zwischen drei und acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Bei den meisten Fragen bestand darüber hinaus die Möglichkeit einer ergänzenden offenen Antwort. Dazu wurden die Antwortmöglichkeiten um ein Freitextfeld „Sonstiges“ erweitert. Der Fragebogen endete mit der Möglichkeit, bei Bedarf in einem freien Feld noch etwas mitteilen zu können.

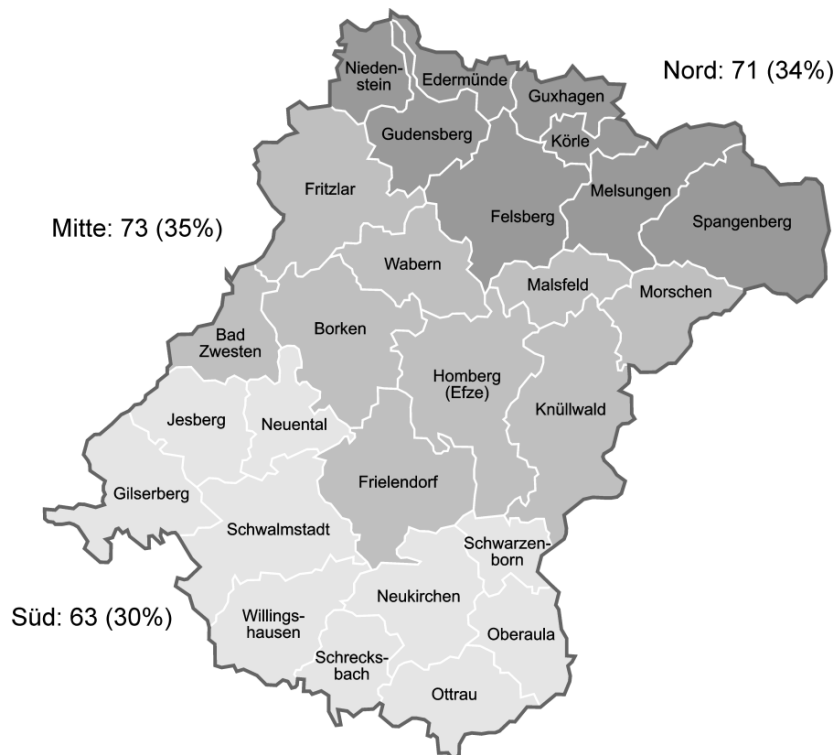
## 3 Ergebnisse

### 3.1 Personenbezogene Merkmale

Von den 645 angeschriebenen Personen haben 238 an der Umfrage teilgenommen, was einer Teilnahmequote von 37% entspricht. Die demographischen Fragen wurden von der Mehrheit der Teilnehmenden beantwortet, hieraus ergibt sich, dass die Teilnehmenden zwischen 18 und 71 (Durchschnitt 48,5) Jahre alt sind. Es haben mehr Männer (157) als Frauen (53) den Fragebogen beantwortet und 28 Personen haben zum Geschlecht keine Angabe gemacht. Die Verteilung hinsichtlich des Geschlechts war zu erwarten, da mehr Funktionäre männlich sind und dem zu Folge auch mehr Männer als Frauen befragt wurden.

Um die Antworten der befragten Personen einordnen zu können, ist es wichtig, die Verteilung nach Funktionsbereichen zu kennen. Der Fragebogen gab die vier Funktionsbereiche Vereine und Verbände (40%), Kommunalpolitik im Haupt- oder Ehrenamt (23%), Schule im Haupt- oder Ehrenamt (16%) und JugendarbeiterInnen (kirchlich oder kommunal, 12%) vor. 20 Personen (10%) zählten sich weiteren 16 verschiedenen Bereichen zu. Davon gaben vier Personen an, im kirchlichen Bereich tätig zu sein. 28 Personen enthielten sich und eine Person gab an, sowohl in der Kommunalpolitik als auch im Verein aktiv zu sein.

Die Verteilung der befragten Personen hinsichtlich der Region, in der sie tätig sind, auf die drei Regionen (Mitte, Nord, Süd) des Schwalm-Eder Kreises ist ausgewogen.



**3-1 Regionen, in denen die Befragten tätig sind. 31 Teilnehmer (13%) haben die Frage nicht beantwortet.**

### 3.2 Wahrnehmung von Vorfällen und Ereignissen

Mit der ersten Frage wurden die befragten Personen gebeten, darüber Auskunft zu geben, ob sie Ereignisse und Vorfälle mit fremdenfeindlichem, antisemitischem, menschenfeindlichem und/oder rechtsextremem Hintergrund wahrgenommen haben. Dabei wurde differenziert zwischen Ereignissen und Vorfällen a) im persönlichen Tätigkeitsfeld, b) in der Stadt und Gemeinde und c) in der Region (über die Stadt und Gemeinde hinaus).

Ereignisse und Vorfälle wurden, wie Tabelle 3-2 zeigt, vor allem in der Region (über die Stadt und Gemeinde hinaus) beobachtet. 107 Personen (62%) beantworteten diese Frage mit „ja“. Dagegen gaben 83 Personen (44%) an, Ereignisse und Vorfälle in der Stadt und Gemeinde wahrgenommen zu haben. Lediglich 63 Personen (29%) berichten von Ereignissen und Vorfällen im persönlichen Tätigkeitsfeld.

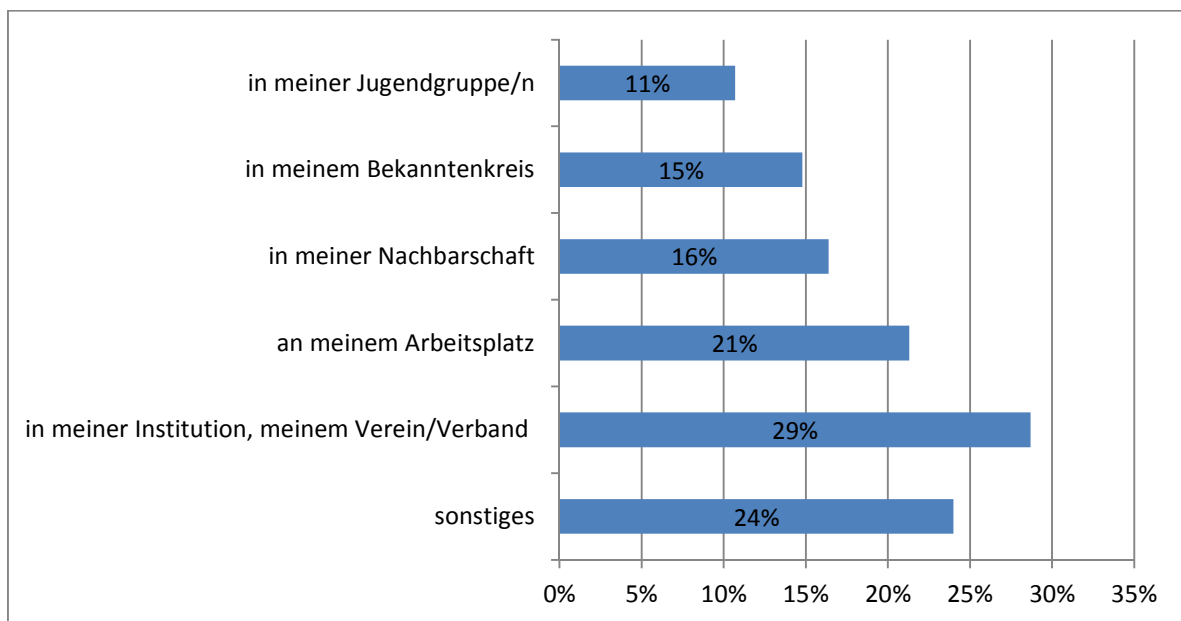
Ereignisse und Vorfälle	ja	nein	Gesamt
im persönlichen Tätigkeitsfeld	63 (29%)	156 (71%)	219
in der Stadt und Gemeinde	83 (44%)	108 (66%)	191
in der Region (über die Stadt und Gemeinde hinaus)	107 (62%)	65 (38%)	172

### 3-2 Wahrgenommene Ereignisse und Vorfälle

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass vor allem überregionale Ereignisse verstärkt wahrgenommen werden. Hierbei gilt es auch die Rolle der Medien zu berücksichtigen. So wurden vermehrt der Überfall am Neuenhainer See (jdl/AP 2008) und die Schlägerei auf der Kirmes in Dittershausen (Köcher 2009) benannt. Auf beide Ereignisse wird auch in den weiteren Fragen wiederholt Bezug genommen.

#### 3.2.1 Genauere Beschreibung des Ortes der Ereignisse und Vorfälle

Wo finden die Ereignisse und Vorfälle statt, von wem gehen sie aus und welcher Art sind diese? 122 Befragte kennzeichneten folgende, in der nachfolgenden Abbildung 3-3 angeführte Orte als Ereignis- und Vorfalstätte (mehrfach Antworten waren möglich).

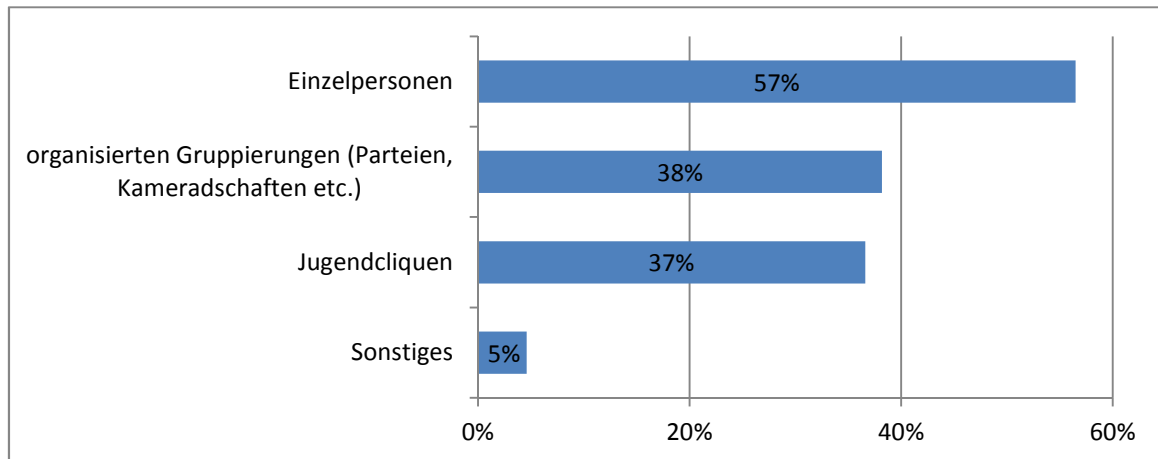


3-3 Ort der Ereignisse und Vorfälle; n = 122

29 Personen geben andere Orte als die vorgegebenen an. Dabei werden Vorfälle im öffentlichen Raum, das heißt bei Veranstaltungen, der Kirmes sowie ein Vorfall in einer Gaststätte und einer auf einem Fußballplatz am meisten (18 Personen) benannt. Daneben werden Vorfälle in Schulen (4), Vereine und Familie (je 2), bei Jugendfreizeiten und dem Beruf (je 1) aufgeführt.

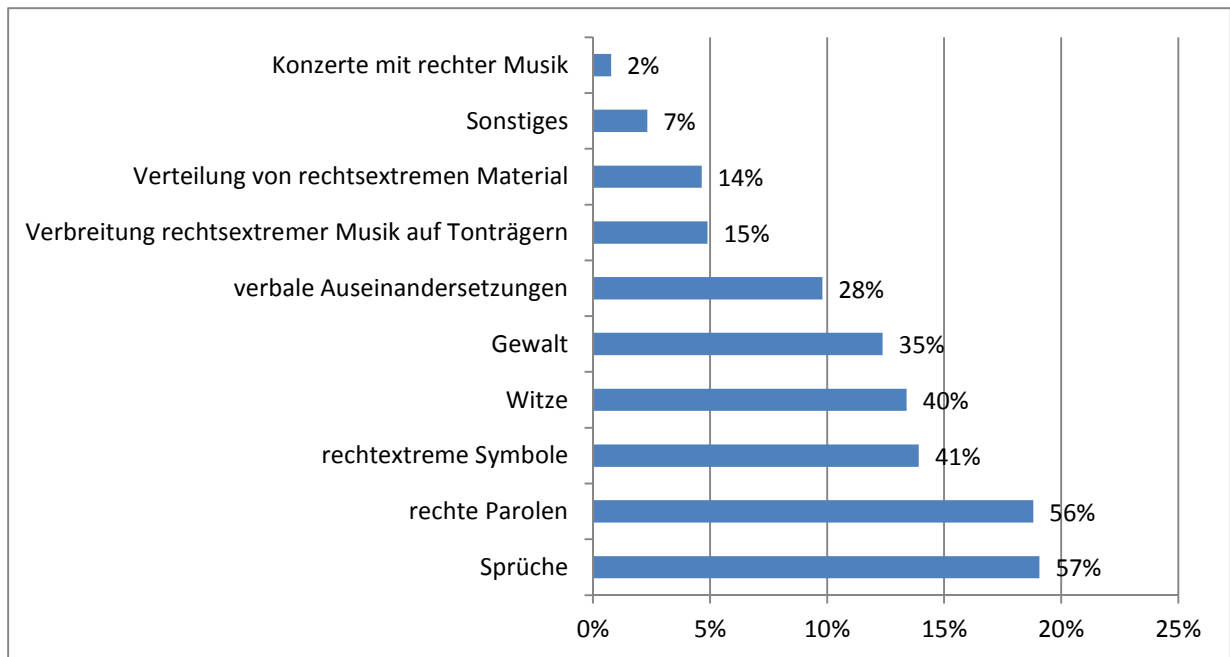


Die Ereignisse und Vorfälle mit fremdenfeindlichem, antisemitischem, menschenfeindlichem und/oder rechtsextremem Hintergrund gingen laut den Befragten insbesondere von Einzelpersonen aus (57%). Etwas seltener waren organisierte Gruppierungen wie etwa Parteien, Kameradschaften (38%) oder Jugendcliquen (37%) Urheber derartiger Vorfälle und Ereignisse. Darüber hinaus werden mit 5% andere Personen(gruppen) als Akteure identifiziert. Bei zwei Vorfällen sind die Hintergründe unklar und jeweils mit einer Nennung werden Freie Kräfte Schwalm-Eder, junge erwachsene Dorfbewohner, Mitglieder einer Clique und eine unorganisierte Gruppe als Täter angegeben.



**3-4 Personengruppe der Aktivitäten; n = 131**

Die Befragten konkretisierten die Vorfälle und Ereignisse mit einem fremdenfeindlichen, antisemitischen, menschenfeindlichen und/oder rechtsextremem Hintergrund folgendermaßen (siehe Abbildung 3-5). Vor allem handelt es sich um Sprüche (57%) und rechte Parolen (56%). Einen geringeren, aber dennoch beachtlichen Anteil nehmen rechtsextreme Symbole (41%), Witze (40%), Gewalt (35%) und verbale Auseinandersetzungen (28%) ein. Nur selten benennen die Befragten Konzerte mit rechter Musik (2%) oder sonstige Ausprägungsformen (7%).

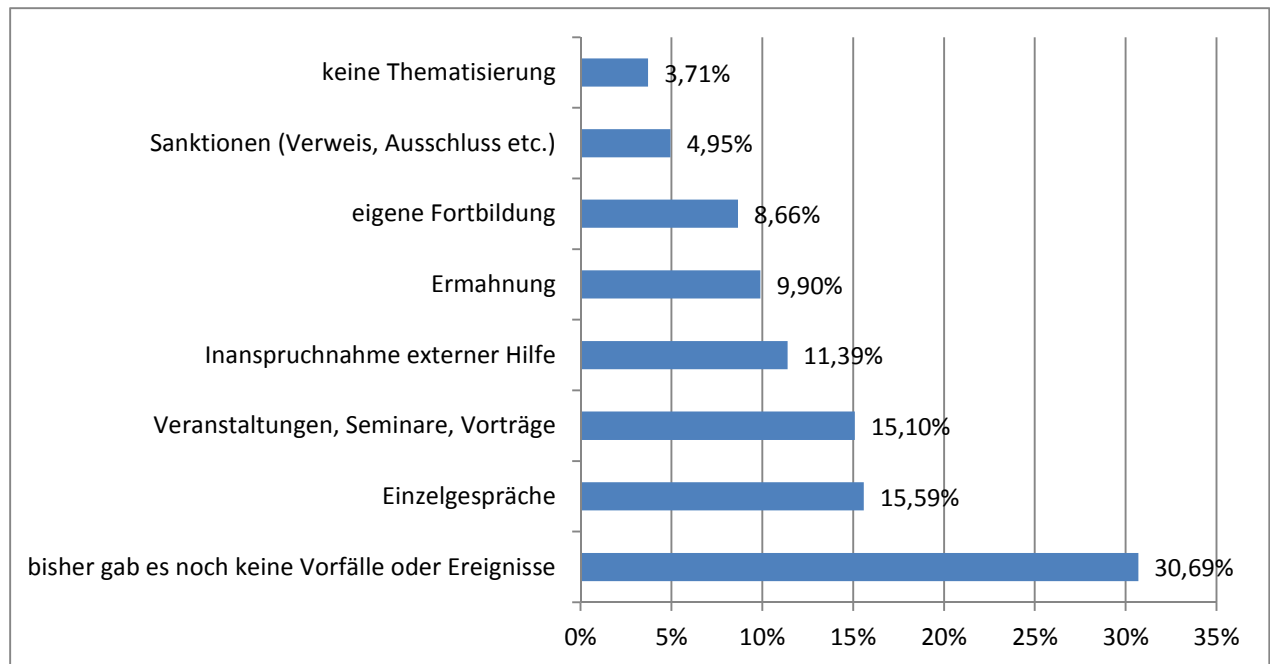


**3-5 Konkretisierung der Ereignisse und Vorfälle; n = 131**

Die neun Personen, die Sonstiges angegeben haben konkretisieren dies, indem sie folgende Vorfälle benennen: Schmierereien (3), anonymes Anschreiben (1), äußeres Erscheinungsbild (1), Hitlergruß (1), Internet(1), Postwurf in meinem Briefkasten (1), Spukies (1) und ein Zug durch den Ort (1).

### 3.3 Formen des bisherigen Umgangs mit Vorfällen und Ereignissen

Die verschiedenen Handlungsstrategien im Umgang mit den unterschiedlichen Vorfällen und Ereignissen wurde mit der Frage „Wie ist der bisherige Umgang in Ihrer Institution, Ihrem Verein/Verband/Betrieb nach Vorfällen und Ereignissen mit fremdenfeindlichen, antisemitischen und/oder rechtsextremen Hintergrund?“ in Erfahrung gebracht. Von 226 Personen, die hierzu Stellung nahmen, antworteten mehr als die Hälfte (55%), dass es bei ihnen bisher noch keine Vorfälle und Ereignisse gab. Hatten hingegen fremdenfeindliche, antisemitische, menschenfeindliche und/oder rechtsextreme Vorfälle und Ereignisse stattgefunden, wurden vornehmlich Einzelgespräche (28%) geführt oder Veranstaltungen, Seminare und Vorträge (26%) gehalten. Darüber hinaus, etwas seltener, wurde mittels Inanspruchnahme externer Hilfen (19%), Ermahnung (18%) oder eigener Fortbildung (16%) reagiert. In seltenen Fällen wurden Sanktionen (Verweis, Ausschluss, etc.) (8%) erteilt oder aber die Ereignisse und Vorfälle fanden keine Thematisierung (5%).

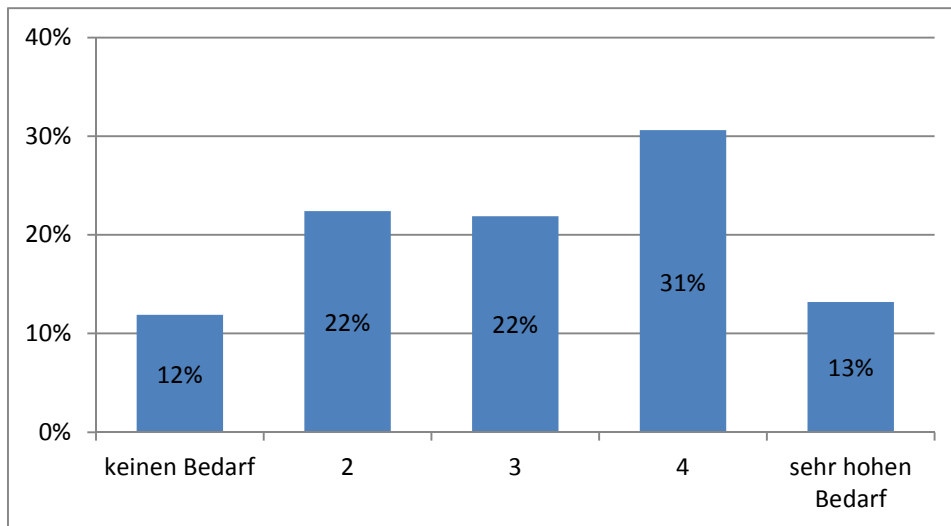


**3-6 Formen bisherigen Umgangs; n = 226**

Neben den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten gaben sieben Personen Umgangsformen darüber hinaus an. So fanden Gespräche im öffentlichen Raum statt (drei Nennungen), wie beispielsweise direkt in der Jugendgruppe. Bei Vorfällen während eines laufenden Projektes zum Thema wurde die Projektleitung eng mit in den Umgang eingebunden (ebenfalls drei Nennungen). Eine Person benennt einen Vorfall mit einem Vereinsmitglied, dabei wurde der betreffende Verein in Kenntnis gesetzt.

### **3.4 Bedarf zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen**

In einem weiteren Schritt wurden die Befragten gebeten, einzuschätzen, wie hoch der Bedarf zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen ist. Wie die Abbildung 3-7 zeigt, bewerteten 66% den Bedarf zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen mit drei und höher. Dagegen sehen 34% desbezüglich kaum beziehungsweise keinen Bedarf.

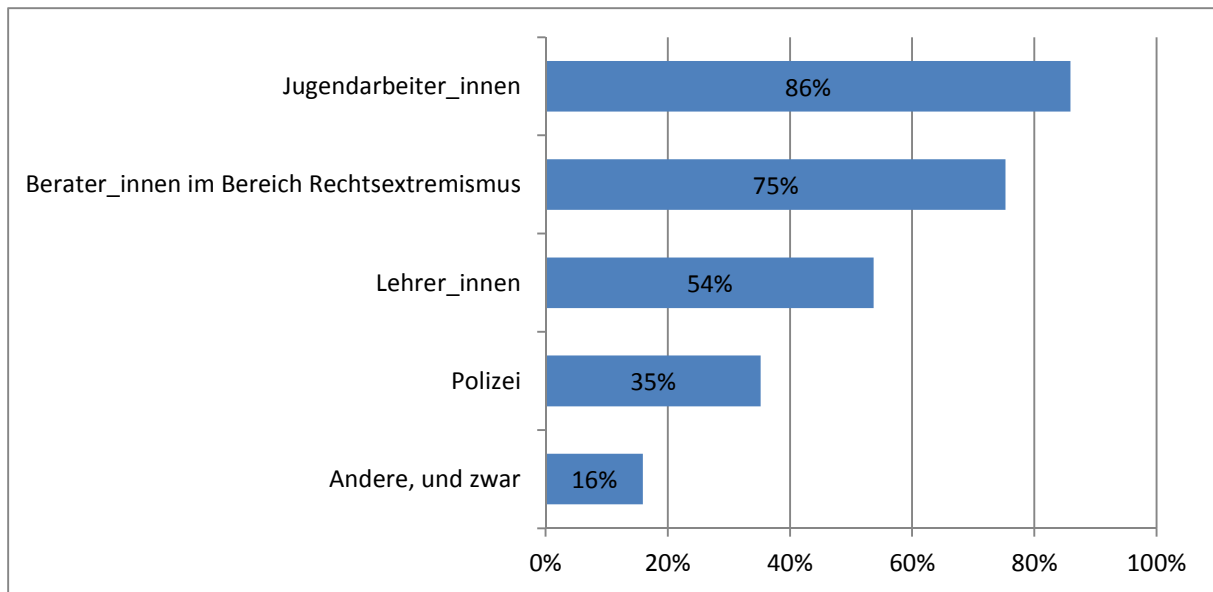


**3-7 Einschätzung des Bedarfs zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen; n =219**

Auf die Frage nach Wünschen hinsichtlich des methodischen Vorgehens bei der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendliche antworten 25% der befragten Personen. Am häufigsten wurde genannt, dass die Präventionsmaßnahmen ausgebaut und teilweise früher angesetzt werden sollen (21 Nennungen). Daneben nehmen offene Gespräche/Aufklären/Zuhören (14) einen weiteren Schwerpunkt in den Nennungen ein. Jugendliche fördern, stärken, eingliedern und Verantwortung übernehmen lassen (9) wird am dritthäufigsten genannt.

### **3.5 Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen**

Welcher Personenkreis sollte Ihrer Meinung nach die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen übernehmen? Diese Frage beantworteten 227 der befragten Personen folgendermaßen. Insbesondere werden verständlicherweise qua Ausbildung Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen (86%), aber auch – mit etwas Abstand – Berater und Beraterinnen im Bereich Rechtsextremismus (75%) als Verantwortliche identifiziert. Mehr als die Hälfte der Zustimmung fällt zudem auch auf den Personenkreis der Lehrer und Lehrerinnen (54%). Deutlich seltener sprechen sich die Befragten für die Polizei (35%) oder andere Akteure (16%) aus.



**3-8 verantwortlicher Personenkreis für die Zusammenarbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen; n = 227**

Neben den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten haben 36 Personen weitere Personenkreise aufgeführt, die die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen übernehmen sollen. Eltern/ Familie, jeder Bürger durch Vorbild und Zivilcourage, Vereine, Kirche sind dabei die hauptsächlich genannten weiteren Akteure.

### **3.6 Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen in bestehenden Strukturen**

„Die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen kann innerhalb der bestehenden Strukturen umgesetzt werden.“ Dieser Aussage stimmt knapp ein Drittel der Befragten zu (34%). 61% sehen dagegen Entwicklungsbedarf in den bestehenden Strukturen, um mit rechtsaffinen Jugendlichen arbeiten zu können und 5 % sehen die Arbeit innerhalb der bestehenden Strukturen als gänzlich unmöglich an.

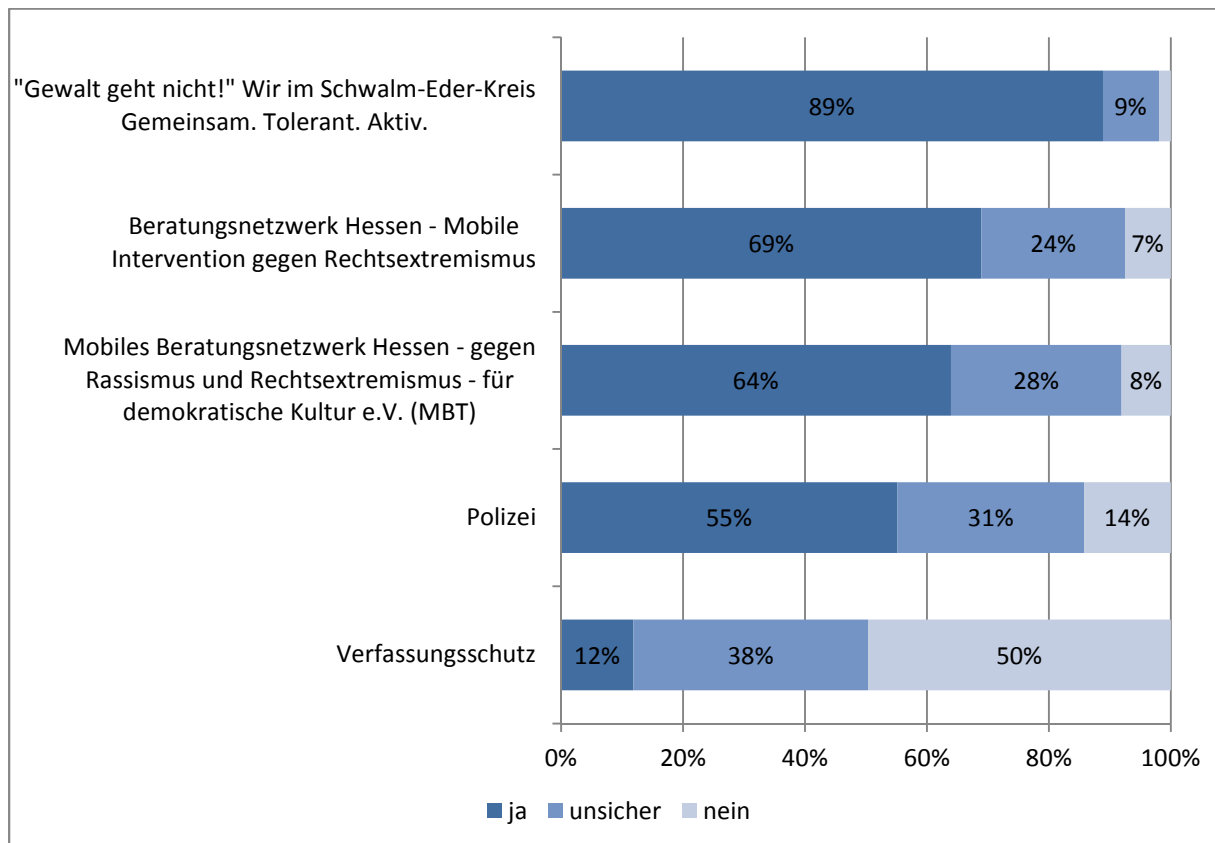
Die drei hauptsächlich genannten Bereiche, in denen Verbesserungen gewünscht werden, sind erstens mehr Unterstützung von Fachleuten, zweitens mehr finanzielle Mittel/personelle Ressourcen und drittens mehr Information und Aufklärung. Als Gründe für die schwierige, vielleicht auch unmögliche Umsetzung (fünf Personen geben hierzu Auskunft) innerhalb der bestehenden Strukturen werden ähnliche Dinge aufgeführt wie folgendes Zitat zeigt „Mehr Info zu Thema, Problembewusstsein erzeugen, handlungsorientiert!“

Knapp die Hälfte (49%) der 164 Personen, die diese Frage beantwortet haben, wünschen sich Unterstützung in der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen. In den Konkretisierungen, die 22% vorgenommen haben, wird der Wunsch nach ganz konkreter Unterstützung mit handhabbaren Mitteln deutlich „In Rahmen von Gesprächen bei Auffälligkeiten. Darüber hinaus Rechtsberatungen und Fortbildungen, die über die reine Symbolik und Gegebenheiten der regionalen Szene hinausgehen und konkrete

Handlungsalternativen aufzeigen!“

### 3.7 Beratende Institution

Haben die befragten Personen Beratungsbedarf in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Menschenfeindlichkeit und/oder Rechtsextremismus, würden sie sich insbesondere an „Gewalt geht nicht!“ (89%) wenden. Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen das „Beratungsnetzwerk Hessen“ (69%) und das „Mobile Beratungsnetzwerk Hessen“ (64%) ebenfalls als potentielle Adresse an. 20% bis hin zu einem Drittel der befragten Personen sind sich aber gleichsam unsicher, ob sie diese Institutionen oder auch die Polizei als Beraterinstitution auswählen würden. Die Polizei würden etwas mehr als die Hälfte mit Bestimmtheit aufsuchen (55%). Auffällig ist ein großer Unmut gegenüber dem Verfassungsschutz. 50% würden diesen auf gar keinen Fall, nur 12% auf jeden Fall bei einem Beratungsbedarf um Hilfe bitten. Lediglich 12% stehen dem Verfassungsschutz als Beraterinstitution positiv gegenüber.



3-9 Attraktive Institutionen bei Beratungsbedarf; n = 222

Neben den hier benannten Institutionen werden von fünfzehn Personen insgesamt zehn weitere Personen und Institutionen genannt, an die sie sich im Bedarfsfall wenden würden: Kolleginnen und Kollegen, Vorgesetzte, Kirche, Antifa-Gruppen, Ordnungsamt und Schule bzw. die Schulpsychologin werden dabei von mehreren Personen benannt.

### **3.8 Projekt „Gewalt geht nicht!“**

Schließlich interessierte, ob die befragten Personen das Projekt „Gewalt geht nicht!“ kennen und bereits Angebote in Anspruch genommen haben. 42% der Befragten Personen kennen mindestens ein Angebot. 36% der 207 Personen, die diese Frage beantwortet haben, gaben an, bereits mindestens ein Angebot in Anspruch genommen zu haben. Der Großteil der Befragten hat demnach noch keine Angebote des Projekts „Gewalt geht nicht!“ wahrgenommen (64%). 31 Personen (13 %) enthielten sich bei dieser Frage. 62 Personen führten aus, welche Angebote sie wahrgenommen haben, dabei wurden Ausstellungen, Informationsveranstaltungen/ -gespräche und Fortbildungen am häufigsten genannt.

## 4 Fazit

Die Studie „Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im Schwalm-Eder-Kreis“ erlaubt einen Einblick in die Wahrnehmung von rechtsaffinem und rechtsextremem Verhalten in der Region und zeigt konkret Handlungs- und Förderbedarf aus Sicht der Befragten auf. Die für Studien dieser Art gute Rücklaufquote von 37% und die ausgewogene Verteilung der Teilnehmenden hinsichtlich der Regionen Nord, Mitte und Süd ermöglicht eine detaillierte Auswertung. Die Verteilung der Befragten hinsichtlich des Geschlechtes spiegelt die ausgewählte Befragtengruppe wider. So gibt es bei den befragten Funktionären mehr Männer als Frauen.

Die deutliche Mehrheit der befragten Personen lässt sich als sensibel in Bezug auf Rechtsextremismus einordnen. Es ist aufgefallen, dass sowohl eine Sensibilität für Ereignisse im direkten als auch im überregionalen Umfeld vorhanden ist. Von den Teilnehmenden wurde eine breite Palette an Ereignissen aufgeführt, die in den Freitextantworten noch ergänzt wurde. Die häufigsten Formen von beobachteten rechtsaffinen bzw. rechtsextremen Ereignissen sind eher unterschwellige Äußerungen wie rechte Witze, Symbole, Parolen und Sprüche. Gerade diese niedrigschwelligen Formen des Rechtsextremismus können ein Nährboden für Verharmlosung und Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts sein, weshalb ihnen entschieden und couragiert entgegen getreten werden sollte. Dies spiegelt sich auch bei den Äußerungen der befragten Personen hinsichtlich der gewünschten Methodik zum Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen wider. Die Präventionsarbeit wird hierbei am häufigsten genannt und dabei besonders auf die Frühprävention hingewiesen.

Auch wenn die Mehrheit der Befragten Einzelpersonen als Täter ausmachen, gibt es signifikante Nennungen von Jugendcliquen und organisierten Gruppen als Urheber der Ereignisse. Die Befragung kann keine Antwort über die Frage nach der Stärke und Verteilung organisierter Gruppen innerhalb des Kreises geben, die Antworten zeigen jedoch, dass solche Gruppen in der Wahrnehmung der Befragten einen ernst zu nehmenden Teil der rechtsextremen Ereignisse zu verantworten haben. Besonders die Nennung von Jugendcliquen als Ort, in denen rechtsaffines Verhalten auftritt, ist ein deutliches Signal, dass dort Bedarf zur gezielten Präventions- und Aufklärungsarbeit besteht. Dazu müssen jedoch zunächst Strategien gefunden werden, um diese Cliquen konkret zu identifizieren und dann, sofern nicht bereits konkrete Bezüge zu Betreuern und/oder Sozialpädagogen bestehen, Zugänge zu schaffen.

Bei den Befragten, die bereits Angebote zur Prävention wahrnehmen, wird zum Großteil auf Angebote des Projekts „Gewalt geht nicht!“ zurückgegriffen. Insbesondere aus den Freitextantworten geht hervor, dass die Angebote und Ausgestaltung des Projekts sehr geschätzt werden. Auffällig ist, dass bei Vorkommnissen häufig externe Hilfe angefragt wird, die dann sowohl in der konkreten Situation



wahrgenommen wird, als auch auf allgemeine Hilfsangebote wie Seminare, Veranstaltungen und Vorträge zum Thema zurückgegriffen wird.

Bei der Wahl der Anlaufstelle zeigt sich, dass die befragten Personen ein regionalspezifisches Angebot für den Schwalm-Eder-Kreis sehr schätzen und sich einen langfristigen Ausbau des Angebots der akuten Hilfestellung, Aufklärungs- und Präventionsarbeit wünschen. 66% der Befragten sehen Bedarf zur Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen.

Die weiteren Ergebnisse zum Fragenkomplex nach der konkreten Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen zeigen, dass der Arbeitsauftrag, mit dieser spezifischen Zielgruppe zu arbeiten, mit 86% den JugendarbeiterInnen und mit 75% BeraterInnen und Experten im Themenbereich des Rechtsextremismus zugeordnet wird. Mit 54% werden dann schon LehrerInnen benannt. Diese hohen Werte zeigen, dass die Gruppe der Befragten den Arbeitsauftrag den bereits im Schwalm-Eder Kreis bestehenden Strukturen der Jugendarbeit, den Schulen, als auch dem Projekt "Gewalt geht nicht!" zuordnen.

Die Entwicklung der Methodik der Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen und Cliques sowie deren Anbindung an bestehende Strukturen kann als Arbeitsauftrag für den Landkreis festgehalten werden. Hier kann das Projekt "Gewalt geht nicht!", dessen finanzielle Absicherung ebenso gefordert wird, eine wichtige Rolle übernehmen.

## 6 Literaturverzeichnis

Bürger, Stephan. „Lokaler Aktionsplan für den Schwalm-Eder-Kreis.“ 2011.

jdl/AP. „Spiegel Online.“ 21. 07 2008. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hessen-maedchen-bei-ueberfall-von-neonazis-schwer-verletzt-a-567176.html> (Zugriff am 10. 01 2013).

Köcher, Jürgen. „Polizist schwer verletzt.“ *hna.de*. 09. 11 2009.

<http://www.hna.de/nachrichten/schwalm-eder-kreis/schwalmstadt/polizist-schwer-verletzt-564214.html> (Zugriff am 10. 01 2013).